9.500 Jobs bei MAN in Gefahr

Betriebsrat kämpft gegen „Arbeitsplatzvernichtung“

Beim Münchner Lkw-Bauer MAN geht es hoch her. Schlimm genug, dass das Unternehmen Standorte dichtmachen und 9.500 Stellen streichen will. Einen weiteren Tabubruch legt die VW-Tochter jetzt obendrauf: MAN hat die bis Ende 2030 laufenden Vereinbarungen zur Standort- und Beschäftigungssicherung gekündigt. Sind jetzt betriebsbedingte Kündigungen möglich?

Stand: 11.10.2020 Lesezeit: 03:15 min



„Arbeitsplatzvernichtung“ nennt der MAN-Betriebsrat die Pläne des Unternehmens zum Stellenabbau – und kündigt massiven Widerstand an. MAN will das angeschlagene Unternehmen restrukturieren und bis zum Jahr 2023 rund 1,8 Milliarden Euro einsparen. Hierzu sollen drei Werke geschlossen werden (Plauen in Sachsen, Wittlich in Rheinland-Pfalz und Steyr in Österreich) und außerdem das Komponentenwerk aus Salzgitter nach Krakau in Polen verlagert werden. Alle Standorte könnten von den Sparmaßnahmen betroffen sein – auch das Münchner Stammwerk (Karlsfeld), in das erst vor wenigen Jahr stark investiert wurde. Mindestens 9.500 der 36.000 Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel.

MAN kündigt Vereinbarung zur Beschäftigungssicherung

Inzwischen hat sich die Situation weiter verschärft. Neuer Streitpunkt ist eine Vereinbarung zur Standort- und Beschäftigungssicherung, die bis Ende 2030 eine wirtschaftliche Sicherheit für die Arbeitnehmer bieten sollte. Genau vier Jahre ist es her, dass Unternehmensführung und Gesamtbetriebsrat die Arbeitsplatzgarantie auf einer außerordentlichen Betriebsversammlung bekannt gaben. „Wir können voller Zuversicht in die Zukunft schauen“, hieß es damals in einer entsprechenden Pressemitteilung. In verschiedene Vereinbarungen mit der Konzernleitung hatten Betriebsrat und IG Metall eine Standort- und Beschäftigungssicherung erreicht. Betriebsbedingte Kündigungen waren bis zum 31. Dezember 2030 ausgeschlossen. Die Vereinbarung war für schlechte Zeiten getroffen worden.

Arbeitgeber beruft sich auf „Schlechtwetterklausel“

Das ist leider Schnee von gestern, für die Belegschaft ist die Sicherheit nun Vergangenheit. Denn MAN hat die Vereinbarungen Ende September gekündigt, ein Schock für Betriebsrat und Belegschaft. Das Hintertürchen scheint eine sogenannte „Schlechtwetterklausel“ zu sein, auch als „Gewitterklausel“ bekannt. Eine solche Klausel bietet die Möglichkeit, eine Beschäftigungssicherung im Ausnahmefall vorzeitig zu kündigen – wenn sich die wirtschaftlichen Umstände drastisch ändern.

Details der Standort- und Beschäftigungssicherungsvereinbarungen zwischen MAN und Betriebsrat sind nicht bekannt; die Kündigung wird laut der Arbeitnehmervertreter aber kritisch geprüft. Wäre die Kündigung der Vereinbarung rechtmäßig, sind laut Betriebsrat Entlassungen ab den 01.01.2021 denkbar. MAN hat angekündigt, die Vereinbarungen wieder teils oder ganz in Kraft treten zu lassen, wenn man sich mit den Arbeitnehmervertretern bis Ende des Jahres einigen kann.



Misswirtschaft und schwere Management-Fehler

„Das haben wir nicht verdient!“, empört sich der MAN-Konzernbetriebsratsvorsitzende Saki Stimoniaris. Man werde mit massivem Widerstand und gegebenenfalls mit rechtlichen Schritten reagieren. Ziel sei eine „zukunftsorientierte Lösung für uns Beschäftigte und unsere MAN“, so der Betriebsrat. Für Gespräche sei man deshalb weiterhin offen. Die Belegschaft büße für schwere Management-Fehler und Misswirtschaft. „Das sind Management-Konzepte von tief unten aus der Mottenkiste”, so der Konzernbetriebsratsvorsitzende. Verschiedene Vorstände hätten es in den letzten Jahren nicht geschafft, ausreichend Rendite für eine wirtschaftliche Krise aufzubauen. Und dabei sei seit 2010 die Konjunktur wieder gut gewesen.

Als Beispiel verweisen Kritiker auf das Ausscheiden des langjährigen Nutzfahrzeug-Chefs Andreas Renschler. Er schied am 15. Juli aus, behält aber sein Gehalt plus Boni für weitere zwei Jahre. Zum Vergleich: 2019 erhielt Renschler inklusive Boni rund 4,5 Millionen Euro. Ab Juli 2022 wird ihm VW-Rente gezahlt, circa

2.000 Euro am Tag. Diese immensen Zahlungen stoßen auf Kritik der Arbeitnehmervertreter bei der wirtschaftlichen Schieflage des Konzerns.

Unterstützung aus der Politik

Unterstützung kommt indes von Seiten der Politik. Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil will mit einem Besuch des MAN-Werks in Salzgitter demonstrieren, dass er die Belegschaft im Kampf um ihre Arbeitsplätze unterstützt. Der SPD-Politiker sitzt im Aufsichtsrat des VW-Konzerns, zu dem MAN gehört.

> *Wir lassen nicht zu, dass unsere MAN abgewickelt wird.*
>
> Saki Stimoniaris

Der Betriebsrat sucht weiter nach Lösungen für die Zukunft: „Unser Weg ist ein fairer und sozialverträglicher, der gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen gestaltet wird. Wir suchen den Konsens am Verhandlungstisch – und nicht die Eskalation.“ Transformation gelinge nur mit der Belegschaft, nicht gegen sie. „Wir lassen nicht zu, dass unsere MAN abgewickelt wird“, so Saki Stimoniaris. *(EV/CB)*

Auch interessant:

Kündigung und Massenentlassung in Zeiten von Corona. Jetzt kommt es auf den Betriebsrat an!

Kontakt zur Redaktion

Haben Sie Fragen oder Anregungen? Wenden Sie sich gerne direkt an unsere Redaktion. Wir freuen uns über konstruktives Feedback!
redaktion-dbr@ifb.de

Institut zur Fortbildung von Betriebsräten GmbH & Co. KG © 2024